Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.86 m. Postbestellgeld. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.
In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Giro-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 ₰, Reklame-Zeile 80 ₰. Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.
Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.
Für tel. Auftr. wird keine Gewähr übernommen.

№ 164. | Donnerstag den 17. Juli 1930. | 88. Jahrgang.

Deutschland

Die bayerische Deckungsvorlage gescheitert.

Im bayerischen Landtag stand am Dienstag die Deckungsvorlage zur Entscheidung. Die Bayerische Volkspartei und die Deutschnationalen sprachen für, alle anderen Parteien gegen die Schlachtsteuervorlage der Regierung. In der Schlußabstimmung stimmten von 126 Abgeordneten 68 mit Ja, 67 mit Nein, während der deutschnationale Abgeordnete Bossert sich der Stimme enthielt. Damit war die Schlachtsteuervorlage abgelehnt und die Sitzung wurde vertagt. Die Regierung gab zunächst noch keine Erklärung über ihre weiteren Absichten nach dem parlamentarischen Scheitern ihrer Deckungsvorlage ab.

Reichskanzler Dr. Brüning zur Deckungsfrage.

Berlin, 15. Juli. In der heutigen Reichstagssitzung führte Reichskanzler Dr. Brüning zur Deckungsfrage aus, er wolle zu der Vorlage keine lange Rede halten, denn das Volk verlange eine schnelle Entscheidung und keine weitern Reden. Ueber dem Volk sei ein dumpfer Druck, ein Gefühl der Unsicherheit, das ungeheuer hemmend und belastend wirkt für die Ankurbelung der ganzen Wirtschaft. Das Volk hat ein sehr starkes Verständnis dafür (Zuruf links: „Daß Sie verschwinden müssen"), daß die Regierung vor einer ungeheuer schwierigen Aufgabe steht. Es handelt sich nicht um eine vorübergehende konjunkturelle Depression, sondern einen völligen Strukturwandel der Wirtschaft, eine Preisrevolution auf allen Gebieten der Wirtschaft. Wir haben keinen Grund zu einem schrankenlosen Pessimismus, denn für die besondere Struktur der deutschen Wirtschaft bedeutet die Preissenkung keinen Abstieg, sondern den Beginn des Wiederaufstieg. Wenn die Reichsregierung da nicht alle Maßnahmen ergreife, um den Wiederaufstieg zu ermöglichen, dann hätte sie ihre Pflicht gröblich verletzt. Die Voraussetzung für die Durchführung aller der Maßnahmen, auch für die Durchführung der von der Regierung vorgeschlagenen weiteren Reformen ist aber, daß vorher das Defizit des Reichsetats gedeckt wird. Dazu gibt es keine anderen Möglichkeiten mehr, als die von der Regierung vorgeschlagenen. (Lebhafter Widerspruch links.) Der Ausschuß hat das ja dadurch anerkannt, daß er dem Artikel 1 der Regierungsvorlage zugestimmt hat. (Unruhe und Lachen links.) Wir können keine Osthilfe gewähren, wir können die Arbeitslosenversicherung nicht sanieren, wenn das Defizit nicht gedeckt ist. (Lebhafte Zustimmung.) Was wir jetzt machen, ist nichts weiter als Aufräumungsarbeit. Diese Arbeit ist notwendig, wenn wir im Herbst zu der großen Reform kommen wollen, die vor allem eine wesentliche Senkung der Ausgaben auf allen Gebieten sein soll (Rufe links: „Auf Kosten der Arbeiter!"). Wir brauchen eine Politik auf lange Sicht nach einheitlichen Plänen. Es ist eine große Stunde für den deutschen Reichstag gekommen. (Rufe bei den Kommunisten: „Die Stunde des Bankerotts!") Weiß er diese Stunde zu nutzen, dann hat er zur Sicherung des Parlamentarismus und der Demokratie mehr getan als in den letzten Jahren. Demokratie und Parlamentarismus werden am besten geschützt, wenn das Parlament auch den Mut zu unpopulären Maßnahmen hat. (Rufe links: Die Stahlhelmregierung hat schlapp gemacht!") Sollte es nicht möglich sein, durch das Parlament die Deckung zu beschließen, dann muß ich jetzt in dieser Stunde erklären, so wird die Reichsregierung im Interesse der Demokratie von allen verfassungsmäßigen Mitteln Gebrauch machen, die notwendig sind zur Abdeckung des Defizits des Reichshaushalts. (Lebhafter Beifall in der Mitte.)

100 Millionen Reichsmark Ausfuhrüberschuß im Juni.

Berlin, 15. Juli. Der Außenhandel schließt im Juni mit einem Ausfuhrüberschuß von 100 Millionen Reichsmark ab. Die Einfuhr beträgt 813,6 Millionen RM. Sie ist mit derjenigen vom Vormonat gleichgeblieben. Die Ausfuhr (910,2 Millionen RM.) hat dagegen um 186,3 Millionen RM. abgenommen. Der Rückgang ist zum erheblichen Teil jahreszeitlich zu erklären, auch in früheren Jahren brachte der Juni regelmäßig einen größeren Rückgang der Ausfuhr. Der Anteil der Reparationssachlieferungen an der Ausfuhr beträgt 51,6, denen 78,8 Millionen RM. im Mai gegenüberstehen. An dem Rückgang der Ausfuhr sind mit Ausnahme der Lebensmittel und Getränke sämtliche Warengruppen beteiligt; 76 Prozent des Rückgangs entfallen auf die Fertigwaren, deren Absatz gegenüber dem Vormonat um 143,3 Millionen sich vermindert hat. In größerem Umfang abgenommen hat die Ausfuhr von Textilfertigwaren (— 25,3 Millionen RM.), von Wasserfahrzeugen (— 21,4) und von Walzwerkerzeugnissen und sonstigen Eisenwaren (— 19,3 Millionen RM.).

Der Brief des Reichspräsidenten. — Was tut Preußen?

Berlin, 15. Juli. Der Brief des Reichspräsidenten von Hindenburg mit der Absage an die preußische Regierung, der so völlig überraschend kam, hat wie eine Bombe gewirkt. Fast sämtliche Berliner Abendblätter bringen das Schreiben in großer Aufmachung auf der ersten Seite, so daß das bisher aktuellste Problem, die bevorstehende Entscheidung im Reichstag im Kampf um die Deckungsvorlage, fast in den Hintergrund tritt. Auch für die preußischen Regierungskreise ist das Schreiben des Reichspräsidenten, laut „Börsencourier", außerordentlich überraschend gekommen. Wie das Blatt von unterrichteter Seite erfahren haben will, sei das Schreiben zu einem Zeitpunkt abgesandt worden, als die Verhandlungen über die Aufhebung der im Zusammenwirken mit der Reichsregierung erwünschten Auflösungsverordnung gegen den Stahlhelm noch nicht abgeschlossen waren. Entgegen der Darstellung in dem Briefe des Reichspräsidenten behauptet die preußische Regierung, laut „Vossischer Zeitung", daß sich die Stahlhelmleitung bisher nicht bereit gefunden habe, die verlangten Garantien für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit zu geben. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung", die den Brief Hindenburgs als klar und charaktervoll bezeichnet, hält es für eine politische Selbstverständlichkeit, daß der preußische Landtag sofort telegraphisch einberufen wird, um zu dem Verhalten der preußischen Regierung Stellung zu nehmen und den schweren Konflikt mit dem Reichspräsidenten noch so rechtzeitig beizulegen, daß im In- und Ausland dieses traurige Bild deutscher Zwietracht erspart bleibt. Mit scharfen Worten wendet sich die „Kreuzzeitung" gegen den preußischen Ministerpräsidenten Braun, dem sie absichtliches Verhalten vorwirft, und begrüßt den Beschluß des Reichspräsidenten, unter diesen Umständen den Befreiungsfeiern in preußischen Gebietsteilen des Rheinlands fern zu bleiben. Die „Deutsche Tageszeitung" bezeichnet das Verhalten des preußischen Ministerpräsidenten als schwere Provokation des Reichspräsidenten. Die Bevölkerung Rhein-Preußens, schreibt das Blatt, wird es verstehen und billigen, wenn sich Hindenburg in dieser deutlichen Weise gegen eine Behandlung wehrt, die weder unter politischen noch gesellschaftlichen Gesichtspunkten erträglich ist.

Der preuß. Ministerpräsident zum Brief des Reichspräsidenten.

Berlin, 15. Juli. Der preußische Ministerpräsident Braun hatte heute nachmittag im Verfolg des Schreibens des Reichspräsidenten die Vertreter der Presse zu einer Konferenz im Reichstag eingeladen, wobei er, ausgehend von den historischen Zusammenhängen, die seinerzeit sowohl die Reichs- als auch die preußische Staatsregierung zu dem Verbot des Stahlhelms in Rheinland-Westfalen veranlaßten, sich mit dem Schreiben des Reichspräsidenten im einzelnen auseinandersetzte. Der Ministerpräsident schildert im einzelnen die Vorgänge in den letzten Tagen und verlas sodann das Schreiben, das gestern an den Stahlhelm abgesandt worden war. In dem Schreiben forderte er die beiden Führer der Stahlhelmleitung zur Unterzeichnung einer Erklärung auf, die folgende Zusagen enthielt: 1. anerkennen zu wollen, daß das Verbot auf Rechtsgrundlagen beruhe, 2. die Versicherung, sich in Zukunft der Abhaltung jeglicher militärischer Uebungen zu enthalten, 3. die Gewährleistung dafür, daß an die Spitze der Landesverbände solche Personen gestellt würden, die sich strikte an die Vereinbarungen halten würden. Nun sei heute der Brief des Reichspräsidenten an ihn gelangt, noch ehe der Stahlhelm ihm hatte eine Antwort zusenden können. Das preußische Staatsministerium werde noch heute abend dem Reichspräsidenten antworten und ihn darauf aufmerksam machen, daß seinerzeit sowohl Reichs- wie Staatsregierung überzeugt gewesen wären, daß das Stahlhelmverbot erlassen werden müsse. In diesem Schreiben werde von Seiten der preußischen Staatsregierung die Hoffnung ausgesprochen, daß der Reichspräsident doch noch einmal das ganze Problem überprüfen möge. Zum Schluß dieser Pressekonferenz traf auch das Antwortschreiben der Stahlhelm-Leitung an den preußischen Ministerpräsidenten ein, in dem die Bundesleitung mitteilt, daß sie nicht in der Lage sei, den Wortlaut der ihr vorgelegten Erklärung zu unterzeichnen; insbesondere könne sie den Punkt 1 nicht anerkennen. Hinsichtlich des Punktes 2 wolle sie sich an ihre früheren Erklärungen, in denen sie bereits eine Enthaltung von allen militärischen Uebungen zugesagt habe, halten. Der Ministerpräsident wies darauf hin, daß dieser Brief wohl als Verhandlungsbasis geeignet gewesen wäre, wenn nun nicht inzwischen das Schreiben des Reichspräsidenten eingetroffen wäre. Hinsichtlich der bevorstehenden Feiern betonte Ministerpräsident Braun, daß morgen erwogen werden solle, ob es nun zur Abhaltung der Befreiungsfeiern kommen soll, da dieselben doch nur im Zusammenhang mit der Rheinlandreise des Reichspräsidenten geplant gewesen waren.

Ausland.

Paris, 16. Juli. In Paris hat die deutsche Antwort auf Briands Memorandum eine gewisse Enttäuschung hervorgerufen, doch wird der positive Grundton der Antwort anerkannt.

Ein Polizeichef verhaftet.

Wien, 16. Juli. Der Leiter der städtischen Sicherheitswache in Hallein bei Salzburg, Dr. Ernst Cham, ist wegen Waffen-Ankaufs verhaftet worden. Cham wird auch zur Last gelegt, die Waffenkäufe mit Gemeindegeldern durchgeführt zu haben. Cham gilt als Kommunist. Hallein bei Salzburg war in der letzten Zeit der Schauplatz starker kommunistischer Agitation unter den zahlreichen Arbeitern der dortigen Tabakfabrik, Salinen und der großen Zellulosefabrik. Vor einiger Zeit tauchten in Hallein Gerüchte auf, daß für irgendwelche dunklen politischen Zwecke Waffen aus städtischen Geldern angeschafft und unter Billigung des städtischen Polizeichefs ersetzt worden sei. Die Salzburger Bundespolizei hatte sogar Beamte nach Hallein entsandt, um dort Haussuchungen nach den verborgenen Waffen vornehmen zu lassen. Diese Untersuchung war allerdings auf Veranlassung des Halleiner Bürgermeisters, des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Neumayer von der Salzburger Landespolizei wieder abgesagt worden. Nunmehr scheint sich zu bestätigen, daß tatsächlich unerlaubte Waffenankäufe vorgenommen worden sind.

Turnen und Patriotismus.

Innsbruck, 15. Juli. Die Tagung des „Deutschen Turnerbundes 1919" in Innsbruck ist am Sonntag mit einem wirksamen Festzug und Freiturnen von 12 000 Turnern beiderlei Geschlechts beendet worden. Es gingen allerlei Festlichkeiten voran, Empfänge und Kundgebungen patriotischer Art auf dem Berge Isel. In nationalem Sinne bedeutsam war der Festempfang im Prunksaale der Hofburg, bei dem alle die Würdenträger anwesend waren. Der Justizminister Dr. Slama erschien hierzu als Vertreter der österreichischen Bundesregierung, aber im Kleide des aktiven Turners, das Unterrichtsministerium entsandte den leitenden Sektionschef mit dem Auftrag, den großen Wert der Bundesregierung kundzugeben, den diese auf die Entwicklung des Turnwesens legt. Minister Dr. Slama beschäftigte sich ebenfalls mit der Wertschätzung der Turnerei für die Volkserziehung, und der Festredner, Universitätsprofessor Dr. Holt, bekannte freimütig, zur nationalen Erziehung des Volkes gehöre auch die Vorbereitung zur Wehrhaftigkeit. Am nächsten Tage dröhnte das Inntal von den scharfen Schüssen der 4000 Turner, die zum Zehnkampf antraten, in dem Schießen und Fechten Pflichtübung ist. Tirol sah noch nie, auch nicht zurzeit seiner Kaiserhuldigungen, einen solchen Festzug, mit Aufgebote von 20 000 Turnern und Turnerinnen, 20 Musikkapellen, über 500 Fahnen, jubelnde Menschen ringsum. Der Festzug mit seinen sinnigen Festwägen machte starken Eindruck, insbesondere der Wagen „Südtirol"; der Jubel verstummte, in tiefem Ernst erkannte man die Bedeutung dieser Kundgebung, die 6 schwarzverhüllten Fahnen der aufgelösten Südtiroler Turnvereine, die man unter unsäglichen Mühen über die Berge nach Nordtirol gerettet hatte, sie trug man voran, lautlos, kein Jubel erscholl, denn hinter den Fahnen fehlten die Turner. Die Deutschen aus der Tschechoslowakei waren mit rund 3000 Mann vertreten, dazu etwa 1000 Turnerinnen, aber die Deutschen in Südtirol fehlten. Das Turnerfest wurde eine Kundgebung der in drei europäischen Staaten lebenden Turner aus dem Bunde 1919.

Die Unruhen in Alexandrien.

London, 16. Juli. Bei den gestrigen schweren Unruhen in Alexandrien sind nach den letzten Berichten 17 Personen getötet und über 300 verletzt worden. Die Angaben schwanken stark, doch scheint festzustehen, daß die Toten sämtlich Aegypter sind mit Ausnahme eines jungen Italieners, der trotz mehrfacher Warnung auf dem Schauplatz der Unruhen verblieb. Unter den Verletzten befinden sich etwa 50 ägyptische Polizisten und ein englischer Polizeioffizier. Mehrere Europäer, darunter der italienische Konsul, sind schwer verwundet. Gegen Abend war die Stadt ruhig, obwohl die Beleuchtung fast ganz versagte, da viele Tausende von Lampen bei den Straßenkämpfen zertrümmert worden waren. 500 Mann ägyptisches Militär halten die Stadt besetzt. Die Berichte, wonach die in Alexandrien stationierten englischen Truppen eingegriffen hätten, entsprechen nicht den Tatsachen. Allerdings werden die Engländer sich auf die Dauer nicht fernhalten können, weil sie gegenüber den anderen Großmächten die Verpflichtung zum Schutze aller Ausländer in Aegypten übernommen haben. Die Unruhen entstanden aus einer Protestdemonstration der Wafdisten gegen die Haltung der Polizei bei den jüngsten Zusammenstößen in Nordägypten. Die Polizei hatte diesmal Befehl erhalten, sich so wenig wie möglich zu zeigen und nur im äußersten Notfalle einzugreifen. Es kam aber bald zu einem organisierten Angriff der Menge auf die Polizisten, wobei ganze Wagenladungen von Steinen als Munition herangeschleppt wurden. Studenten mit Trillerpfeifen lenkten die aufgeregte Menge jeweil an die Stellen, an denen sie einen Angriff organisieren wollten, und die Polizei wurde schließlich gezwungen, sich auf das Dach des Justizpalastes zurückzieben, von wo aus sie das Feuer eröffnete. Die Europäer waren schon vorher gewarnt worden, und viele von ihnen nahmen in dem Börsengebäude hinter verschlossenen Portalen Zuflucht. Erst viel später kam das Militär an, das sehr bald die Ruhe herstellte.

Aus Stadt und Bezirk.

— Die Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung hat die Wahl des Verwaltungspraktikanten Alfred Koch in Herrenberg zum Ortsvorsteher der Gemeinde Neusatz bestätigt.

Neuenbürg, 16. Juli. (Verleihung der Kartoffelmarke für die Ernte 1930.) Nach Mitteilung der Württ. Landwirtschafts-Kammer haben sich diejenigen Landwirte, Ortsvereine und Genossenschaften, welche württ. Markenspeisekartoffeln zu verkaufen beabsichtigen, innerhalb 14 Tagen bei der Landwirtschaftsschule Calw anzumelden. Bestimmungen über die Verleihung der württ. Kartoffelmarke sind von der Landwirtschaftsschule erhältlich. Bemerkt werden soll noch, daß durch die Verleihung der Kartoffelmarkte ein Landwirt, Ortsverein oder eine Genossenschaft ohne Entrichtung von Eintrittsgebühren oder Beiträgen an den Verband, Mitglied des Verbandes Württ. Markenkartoffeln wird.

(Wetterbericht.) Im Norden liegt ein großes Depressionsgebiet, während sich der Hochdruck im Westen abgeschwächt hat. Für Freitag und Samstag ist zwar zeitweilig aufheiterndes, aber noch unbeständiges Wetter zu erwarten.

Württemberg.

Baiersbronn, 15. Juli. (Eine Rehgeiße verteidigt ihr Kitzlein gegen 2 Hunde.) Von Parzelle Reute in Baiersbronn aus konnte am Samstag vormittag 9 Uhr ein Kampf edler Mutterliebe einer Rehgeiße um ihr Kitzlein beobachtet werden. Zwei frei umherschweifende Hunde hatten die am Waldrand äsende Rehfamilie aufgejagt und das Kitzlein angefallen. Da stellte sich die Mutter gegen die Hunde und suchte denselben ihr Junges abzujagen, bis der eine der Hunde sich auf das Muttertier stürzte, so daß dieses selbst die Flucht ergreifen mußte. Weithin erscholl das schwermütige Klagen des Tieres um ihr Kitzlein. Leider war es nicht gelungen, das Jungtier den Hunden früh genug zu entreißen und zu retten. Dasselbe wurde schon verendet geborgen, es wies starke Bißwunden am Hals und am Rücken auf.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Stuttgart, 15. Juli. (Verbot politischer Ansprachen vor schulpflichtigen Kindern.) Das Schultheißenamt Sillenbuch hat an den Vorsitzenden des Vereins Waldheim Stuttgart-Sillenbuch, den kommunistischen Landtagsabgeordneten Karl Schuck, ein Schreiben gerichtet, worin im Hinblick auf das am Sonntag geplante Arbeiter- und Kindertreffen im Waldheim Sillenbuch unter Bezugnahme auf die Verordnung des Kultministeriums über die Beteiligung von Schülern an schulwidrigen Veranstaltungen vom 17. 7. 1925 die Auflage erteilt wird, dafür zu sorgen, daß schulpflichtige Jugendliche an dieser Demonstration, soweit sie politischen Charakter trägt, nicht teilnehmen bezw. daß in Gegenwart schulpflichtiger Jugendlicher Ansprachen, jede Agitation für den Jungspartakusbund, die Kommunistische Partei, oder den Kommunistischen Jugendverband, jede Aufforderung der Kinder zum Ungehorsam gegen Einrichtungen der Schulverwaltung, jede Verächtlichmachung von Schuleinrichtungen oder von Angehörigen der Schulverwaltung, sowie jedes Tragen der Tracht des Jung-Spartakusbundes durch schulpflichtige Jugendliche unterbleibt. Im Falle der Zuwiderhandlung wird mit polizeilichen Zwangsmaßnahmen und erforderlichenfalls mit Strafen eingeschritten werden.

Stuttgart, 16. Juli. (Keine Handwerkskammerwahlen in Württemberg.) Bei den Wahlleitern für die Handwerkskammerwahlen in Württemeberg sind nur je ein Wahlvorschlag aus jedem der vier Handwerkskammerbezirke eingegangen. In den Sitzungen der von den Wahlleitern gebildeten Wahlausschüssen haben diese einstimmig die obengenannten Wahlvorschläge zugelassen und festgestellt, daß es einer Wahlhandlung nicht bedarf, weil für jeden Wahlbezirk nur ein Wahlvorschlag zugelassen ist. Es gelten daher gemäß § 18 der Wahlordnung die in diesen Wahlvorschlägen aufgeführten Bewerber als gewählt.

Stuttgart, 16. Juli. (Die Neckarstauung.) Die für Dienstag abend angesagte Neckarstauung ist nicht erfolgt. Jedenfalls war am Mittwoch morgen von einer Stauung des Wassers noch nichts zu bemerken, dagegen konnte man in Höhe des Leuzebades in der Nähe der Ufermauer feststellen, wie stark die alte, jetzt im Neckarbett liegende Inselquelle wieder fließt. Kein Wunder, wenn die anderen Cannstatter Quellen mehr und mehr versiegen. Ein starker Quellstrom quillt an die Wasseroberfläche, es gurgelt und schäumt wie in einem Quelltopf. Und dieser starke Mineralwasserausbruch soll nun durch den Neckarstau zurückgedämmt werden? Die Neckarkorrektion scheint mit dem drohenden Verlust der Quellen sehr teuer erkauft zu sein.

Großeislingen, OA. Göppingen, 16. Juli. (Schlimme Folgen.) Dem verheirateten Mechaniker Josef Spät fiel in der Weihmüllerschen Fabrik in Göppingen vor etwa 3 Wochen ein 1½ Zentner schwerer Sack auf den Kopf. Da sich in der ersten Zeit nur leichtere Kopfschmerzen einstellten, wurde versäumt, zum Arzt zu gehen. In den letzten Tagen verschlimmerte sich der Zustand des Spät so, daß er zeitweise das Gedächtnis vollkommen verlor. Der nun zugezogene Arzt stellte eine Gehirnerschütterung fest, an deren Folgen Spät jetzt schwer darniederliegt.

Lampertsweiler, OA. Saulgau, 16. Juli. (In den Brunnenschacht gestürzt.) Am letzten Sonntag wollte der Landwirt Johann Feyrer kurz vor dem Mittagessen die in seinem Hofe stehende Flügelpumpe nachsehen, da sie nicht in Ordnung war. Als er nach einer Viertelstunde noch nicht zu Tisch kam und man ihn rufen wollte, fand man den Schachtdeckel offen und daneben seine Mütze und einen Schraubenschlüssel liegen. Feyrer war in den Schacht gestürzt und tot. Feyrer ist wahrscheinlich durch ausströmende Gase des schon seit langer Zeit nicht geöffneten Brunnens betäubt worden und dann kopfüber abgestürzt.

Tettnang, 16. Juli. (Straßenraub.) In der Sonntagnacht gegen 1 Uhr wurde der Landwirt Kübler in Unterschussenried, als er sich vom Milchgeldzahltag auf dem Heimweg befand und allein seinem Hause zuging, von einem Manne niedergeschlagen, der ihm hinter einem Kirschbaum aufgelauert hatte. Dem Kübler wurde die Barschaft in Höhe von 32 Mark geraubt. Eine der Tat verdächtige Person aus der Nähe ist bereits festgenommenen worden. Der Ueberfall geschah, nachdem Kübler sich von einem Nachbarn verabschiedet hatte, mit dem er den Heimweg aus der Wirtschaft angetreten hatte.

Tettnang, 16. Juli. (Das gerichtliche Nachspiel.) Ein folgenschwerer Verkehrsunfall, der sich an der berüchtigten Straßenkreuzung bei Schlatt ereignete, hatte ein gerichtliches Nachspiel vor dem Schöffengericht Ravensburg. Angeklagt waren die beiden Kraftwagenführer der Kiesbaggerei von Wocher-Langenargen namens Fridolin Schmidt und Josef Schneider und die Zigarrenfabrikantentochter Annemarie Schneider aus Freiburg. Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Lastwagen voll Kies nebst Anhänger und einem Personenwagen, der sich auf der Heimfahrt in Richtung Lindau—Friedrichshafen befand und von Frl. Schneider gesteuert wurde, erlitt diese einen schweren Beinbruch und ihre Mutter wurde so schwer verletzt, daß sie nach 3 Wochen im Krankenhaus Friedrichshafen an Wundrose starb. Es wurden verurteilt: Schmidt zu 300 RM. und Frl. Schneider zu 50 RM. Geldstrafe, der andere Chauffeur, der nur als Bremser auf dem Anhänger mitfuhr, wurde freigesprochen.

Weingarten, 16. Juli. (Festnahme der Pfarrhofeinbrecher.) Zwei hiesige Schutzleute und 2 Kriminalbeamte aus Ravensburg konnten hier die schon länger gesuchten Pfarrhofeinbrecher von Uriau festnehmen. Die beiden Einbrecher, 2 Brüder Hans und Martin Dingler von Ettenkirch, wollten in einem hiesigen Gasthof übernachten, um jedenfalls auch in unserer Gegend ihr unsauberes Handwerk auszuüben. Bei der Verhaftung fand man bei ihnen verschiedenes Einbrecherwerkzeug, ebenso eine Schußwaffe. Bis jetzt haben die beiden Einbrecher 7 Pfarrhofeinbrüche, die sie in Württemberg begangen haben, eingestanden.

Mergelstetten, OA. Heidenheim, 16. Juli. (Rücksichtsloser Motorradfahrer.) Gestern mittag war die Straße Mergelstetten—Bolheim unweit der Wangenmühle der Schauplatz eines durch ein Motorrad verursachten schweren Unglücksfalles. Ein mit Stroh beladenes Pferdefuhrwerk fuhr in der Richtung Heidenheim. Von Mergelstetten her kam der Schnell-Lastwagen der Zoepprit A.G. Als beide Fahrzeuge beinahe auf gleicher Höhe waren, fuhr ein mit Sozius besetztes Motorrad noch dazwischen hindurch und streifte den die Pferde führenden 51 Jahre alten Landwirt Melchior Wiedemann von Königsbronn, so daß dieser zu Fall kam und ihn der eigene, schwer beladene Wagen überfuhr. Wiedemann zog sich dabei am rechten Fuß einen schweren Bein- und am linken Fuß einen Knöchelbruch zu, sowie eine schwere Verletzung am Kopfe. Der Verletzte wurde sofort ins Krankenhaus übergeführt. Der Motorradfahrer, der 19 Jahre alte Paul Hauser von Giengen a. Br., hatte nicht einmal einen Führer- und Zulassungsschein. Er sieht einer harten Strafe entgegen.

Weikersheim, OA. Mergentheim, 16. Juli. (Explosion einer Weinbergspritze.) Im Gewand „Schmecker" explodierte beim Weinbergspritzen eine zu stark mit komprimierter Luft geladene Spritze, wobei der Weinbergarbeiter Georg Dichtelmüller erheblich verletzt wurde. Das eine Auge ist sehr gefährdet.

Baden.

Karlsruhe, 16. Juli. Wegen fortgesetzten schweren Einbruchdiebstahls stand am Dienstag der 19jährige vorbestrafte Hilfsarbeiter Markus Kobler aus Singen a. H. vor dem Einzelrichter. Mitangeklagt war der ebenfalls 19jährige Hilfsarbeiter Leopold Brecht aus Karlsruhe wegen Beihilfe und Hehlerei. Kobler hat in Karlsruhe ungefähr 12 schwere Einbrüche ausgeführt, wobei ihm Brecht in den meisten Fällen sekundierte, indem er Schmiere stand. Verkaufshäuschen, Ladengeschäfte und einige Kinos der Stadt wurden von den Burschen erbrochen und Geld, Lebensmittel usw. gestohlen. Die beiden Angeklagten waren geständig. Das Urteil lautete gegen Kobler auf 2½ Jahre Gefängnis und gegen Brecht auf 6 Wochen Gefängnis. Der Angeklagte Brecht nahm das Urteil sofort an.

Vermischtes.

Sturm auf die Sparkasse. Von unbekannter Seite aus wurde in Kempten das Gerücht verbreitet, daß die städtische Sparkasse einem Viehhändler, der sich eben in großen Zahlungsschwierigkeiten befinde, eine große Summe geliehen habe. Daraufhin begann in den Vormittagsstunden ein förmlicher Ansturm auf die Sparkasse, der den ganzen Nachmittag anhielt. Die Kasse hat dann hauptsächlich an kleine Sparer die Einlagen in Höhe von weit über 100 000 Mark ausbezahlt. Immerhin entsteht durch ein solches unverantwortliches Tun der Sparkasse ein großer Schaden.

Brand im Kölner Dom. Mittwoch nacht gegen ½3 Uhr wurde die Feuerwehr zum Dom gerufen. Es rückten sofort 4 Feuerwehren aus. Bei der Ankunft fand die Feuerwehr einen Beichtstuhl in hellen Flammen. Das Feuer ist wahrscheinlich durch Kurzschluß einer im Beichtstuhl angebrachten Heizplatte entstanden. Der Beichtstuhl ist völlig vernichtet. Zwei Bilder, die sich rechts und links vom Beichtstuhl befanden, sind stark in Mitleidenschaft gezogen worden.

80 Jahre alt. Ferdinand Schrey, der bekannte deutsche Stenograph, dessen System die Grundlage für die „Vereinfachte deutsche Stenographie" gebildet hat, kann am 19. Juli seinen 80. Geburtstag feiern.

Blinde Passagiere. Nicht weniger als 6 blinde Passagiere sind in Kiel angelangt. Der deutsche Dampfer „Tiefsee", auf der Reise von Spanien nach Leningrad, brachte 4 Spanier mit, die auf hoher See in dem Schiff entdeckt wurden. Sie wollten in Deutschland Arbeit suchen. Offenbar waren sie schlecht unterrichtet über die Wirtschaftslage in Deutschland. Durch Vermittlung des spanischen Konsuls in Kiel wurden sie zunächst vom Reichswasserschutz in Schutzhaft genommen und sollen durch Vermittlung des spanischen Konsuls nach ihrer Heimat abgeschoben werden. Dasselbe Schicksal trifft 2 junge Engländer, die auf dem Flensburger Dampfer „Elektra" erwischt wurden, als er den Nordostsee-Kanal auf der Reise von England nach Amsterdam passierte. Sie teilten dem Kapitän mit, sie hätten die Absicht, bei der Fremdenlegion einzutreten.

Priester auf offener Straße ermordet. Die Pariser Polizei ist ununterbrochen damit beschäftigt, die geheimnisvolle Ermordung des spanischen Priesters Etchevarria aufzuklären, der in der Nacht in einer Pariser Straße tot aufgefunden wurde. Dank einiger Zeugenaussagen ist die Polizei wenigstens in der Lage, sich ein Bild über die Beziehungen des Ermordeten zu einigen unbekannten Frauen zu machen, die ihn im Hotel aufgesucht haben. Der Abbé beschäftigte sich vorwiegend mit der Vorbereitung von Pilgerfahrten und wahrscheinlich haben sich diese Frauen auskunftshalber an ihn gewandt.

Neues Bahnunglück in Rußland. In Südrußland in der Nähe des Bahnhofs Anaowka ereignete sich wieder ein Eisenbahnunglück. Ein Personenzug stieß mit einem Güterzug zusammen, wobei 6 Wagen und die beiden Lokomotiven stark beschädigt wurden. Vier Passagiere wurden getötet und 7 teils schwer verletzt.

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Stuttgart, 15. Juli. (Häute- und Felleauktion.) An der heutigen Häute- und Felleauktion wurden für das württemb. Auktionsgefälle folgende Preise erzielt: Kuhhäute 30—49 Pfd. 58—61 ℳ, 50—59 Pfd. 70—75 ℳ, 60—79 Pfund 70—74½ ℳ, 80—100 u. m. Pfund 69½ ℳ; Ochsenhäute: 9—29 Pfund 80 ℳ, 30—49 Pfund unverkauft, 50—59 Pfund 69½—71½ ℳ, 60—79 Pfund 71—76 ℳ, 80—99 Pfund 66—68 ℳ, 100 u. m. Pfund 64 ℳ; Rinderhäute: bis 29 Pfund 80½ ℳ, 30—49 Pfund 76½ bis 79 ℳ, 50—59 Pfund 77—83 ℳ, 60—79 Pfund 77½—81 ℳ, 80 u. m. Pfund 73 ℳ; Bullenhäute: bis 29 Pfund 80½ ℳ, 30—49 Pfund 69 ℳ, 50—59 Pfund 66—67 ℳ, 60—79 Pfund 63 bis 65 ℳ, 80—99 Pfund 54—57 ℳ, 100 u. m. Pfund unverkauft; Schnußhäute 46½—46½ ℳ; Kalbfelle: bis 9 Pfund 132—140 ℳ, 9,1—15 Pfund freihändig, 15,1—20,1 u. m. Pfund 90 ℳ, Schnußkalbfelle 84 ℳ; Fresserfelle: bis 20 und 20 u. m. Pfund 76½ ℳ, Schnußfresser 40 ℳ; Schaffelle: vollwollig 54½, halbwollig 57½ ℳ, Blößen 53½ ℳ, Lammfelle 48 ℳ. Tendenz: normaler Verlauf; Kalbfelle bis 9 Pfund erlitten einen Rückgang von 6—7 Prozent, die Felle über 9 Pfund wurden freihändig verkauft. Bei Großviehhäuten war die Lage im Ganzen fest. Einige Gattungen und Klassen erhielten ca. 3—5 Prozent Abschlag, vereinzelt bis 10 Prozent Rückgang (schwerere Bullen). Nächste Auktion: 12. August 1930.

Pforzheim, 12. Juli. (Obst- und Gemüsemarkt). Ueberaus reichlich war das Angebot an inländischen Gemüseerzeugnissen. Besonders lebhaft war die Zufuhr an Stangen- und Buschbohnen. Die Anlieferung an inländischen Tomaten wird von Markt zu Markt günstiger. An Einmachgurken war schon größere Zufuhr vorhanden. Die Anlieferung an Kopfsalat läßt zu wünschen übrig. Kirschen und Beerensorten genügten nicht der Nachfrage. Besonders gesucht waren Heidel- und Johannisbeeren; außerdem wurde verschiedentlich nach Birnen gefragt. Die Kirschen- und Erdbeerenernte dürfte wohl zur Neige gehen. Die ersten inländischen Aepfel neuer Ernte waren angeliefert. Das Angebot an Pilzen war reichlich, doch konnte die Nachfrage nicht gedeckt werden. Eier waren in größeren Mengen angeliefert, dagegen war das Angebot an Butter etwas geringer. An Garten- und Topfpflanzen war überaus starke Zufuhr vorhanden. Lebende Rhein- und Enzfische, Blaufelchen und Seefische werden dem Bedarf entsprechend angeliefert. Die Kleinverkaufspreise waren folgende und verstehen sich in Pfund und Pfennige: Weiß- und Wirsingkohl 10—15, Rotkohl 12—20, Blumenkohl 30—45, gelbe Rüben 12—15, rote Rüben 12—18, Tomaten 25—60, Stangenbohnen 30 bis 40, Buschbohnen 20—30, Gurken 10—40, Einmachgurken pro 100 Stück 80—100, Rhabarber 15—18, Spinat 25—30, Erbsen 15—25, Kopfsalat 5—15, Endivien 10—20, Kartoffeln 8—10, Steinpilze 50 bis 60, Pfifferling 40—60, Heidelbeeren 40—45, Stachelbeeren 20 bis

Carlos Puenta

30 Roman von Kurt Martin

„Aber mein Gott, sie hat ja die gute Auskunft über ihn aus Buenos Aires gelesen!"

„Muß denn Herr Burmeister hier auch wirklich der Herr Burmeister in Buenos Aires sein? — Können das nicht zwei verschiedene Personen sein?"

Sie schrak heftig zusammen und zitterte.

„Ach nein!"

„Es war gut, daß Ihre Mutter kam!"

„Ja —, ist denn —, ist denn nicht alles wahr?"

„Es ist gar nichts wahr!"

„Wer ist denn Karl, — ich meine, Herr Burmeister?"

„Er ist der, vor dem die gestrigen Abendblätter warnten?"

Er sah gespannt zu ihr hinüber.

Nein, sie fiel nicht wieder in Ohnmacht! Um so besser! Mit entsetzten Augen starrte ihn das Mädchen an.

„Der —, der —?"

„Carlos Puenta, ja. Der Mann, der Anny Regler ermordete, der ganz gewiß auch Hanna Lang entführt hat, und der heute Sie entführen wollte!"

„Ich — ich sollte —?"

„Sie sollten das Opfer raffinierter Mädchenhändler werden!"

Sie fuhren durch die Vorstadtstraßen von Oerstadt.

Erna Dallinger sah bekannte Gegenden.

Ja, der Mann da brachte sie heim. Sie war wieder in Oerstadt. — Er hatte die Wahrheit gesagt. — Er hatte sie gerettet! — Was hatte ihr gedroht? — Wo wäre sie hingekommen!

Tränen stürzten aus ihren Augen.

„Mutter! — Mutter! — Ich bin gerettet! — Sie haben das getan! — Sie haben mich befreit! — Sie!"

Das Auto hielt. Stein stieg aus dem Wagen. Ein wenig schwerfällig. Sein Antlitz war schmutz- und blutbefleckt.

Staatsanwalt Roeb stand vor ihm.

„Stein, was haben Sie denn jetzt erlebt?"

9. Kapitel.

Als Paul Stein spät abends mit verpflasterten Kopf heimkam, trat seine Frau entsetzt zurück.

„Paul! Was ist geschehen?"

„Nichts von Bedeutung, Lotte. Eine kleine Schramme!"

„Das sieht nicht so aus!"

„Mache dir keine Sorgen!"

„Darf ich es nicht wissen?"

„Doch, du darfst es wissen."

Und er erzählte ihr, was sich zugetragen hatte. Voll wachsender Angst lauschte sie seinem Bericht. Leise strich sie ihm über die Rechte.

„Ich sorge mich, Paul!"

„Aber, Lotte! — Uebrigens, jetzt kommt noch etwas sehr Wichtiges! — Morgen früh verreise ich. Ich muß das Nötigste noch heute packen."

„Wohin willst du?"

„Zunächst nach Triest. Vielleicht dann noch nach Alexandria."

„Nein!?"

„Es ist schon so. In der Mordsache Lang. — Wir müssen jetzt schon allerdings besser sagen: Ermordung des Försters Lang und gewaltsame Entführung seiner Nichte Hanna Lang."

„Und da —?"

„Es kam heute Nachricht aus Triest. Ein Polizist dort will sich auf Grund unseres erlassenen Steckbriefes erinnern, Hanna Lang am 25. Januar in Triest gesehen zu haben. Dieser Spur muß ich folgen. Ob sie mich freilich zu einem Ziele führt, ist noch sehr fraglich. — Weiter wissen wir jetzt, daß die Jacht „Venus" vom 22. bis 25. Januar im Hafen von Triest lag und daß sie Ende Januar vor Alexandria Anker warf. Was dann aus ihr wurde, weiß ich bis jetzt nicht."

„Du willst diesen Carlos Puenta vernichten?"

„Er muß unschädlich gemacht werden! Heute ist er mir entkommen. Ein zweites Mal wird es ihm nicht gelingen."

„Paul, heute traf dich seine Kugel nur im Vorbeistreifen! Wenn nun das nächste Mal —"

Sie begann heftig zu zittern.

Er zog ihre Hände in die seinen.

„Du warst doch immer tapfer, Lotte! Denke an den Fall Brauser! Da hast du sogar an der Ueberführung dieses Verbrechers mitgearbeitet."

„Ich ahne es — es ist mir Gewißheit, daß du diesmal noch größeren Gefahren entgegengehst. — Du begibst dich in ein ganz fremdes Land."

„Das macht nichts!"

„Du kennst keinen Menschen!"

„Doch, einen schon. Wenn ich nach Alexandria komme und vielleicht dort eine Spur feststellen kann, dann will ich mich an Achmed Redhen wenden. Du weißt, jener Aegypter, den ich in Berlin kennen lernte und der mir bei den schwierigen Unternehmungen in der großen Spionageangelegenheit ganz vorzügliche Dienste leistete. Er kehrte später nach Alexandria zurück, um das väterliche Geschäft zu übernehmen. Er wird mich nicht vergessen haben, trotzdem wir uns seit Jahren nicht schrieben."

„Weißt du denn, ob er überhaupt noch in Alexandria weilt?"

„Nein."

„Er kann ja das Geschäft verkauft haben."

„Möglich!"

„Und dann?"

„Dann helfe ich mir eben ohne ihn."

„Ich werde keine Ruhe finden, bis du wieder hier bist."

„Du mußt tapfer ausharren und daran glauben, daß alles gut abläuft. Bevor ich Puenta suchen kann, muß ich alles daran setzen, Aufschluß über Hanna Lang zu bekommen. Wenn sie noch lebt, muß ich sie zu befreien suchen." —

Am anderen Morgen hatte Paul Stein noch eine letzte Besprechung mit Staatsanwalt Roeb. Dann saß er im Zuge und fuhr dem Süden entgegen. Er hatte keine Verkleidung gewählt, nur eine Brille trug er, um sich mehr das Aussehen eines Gelehrten zu geben.

In Triest begab er sich sogleich zur Polizeidirektion. Man empfing ihn sehr zuvorkommend und ließ den betreffenden Beamten rufen, der Hanna Lang gesehen haben wollte.

Paul Stein sah erwartungsvoll in das Antlitz des jungen Polizisten. Er gewahrte ein paar kluge, graue Augen, ein energisches Kinn und eine charaktervolle Stirn. Er faßte Vertrauen zu dem Manne.

„Sie wollen also die steckbrieflich von uns verfolgte Hanna Lang gesehen haben?"

„Ja. — Ich bin überzeugt, daß sie es war."

„Erzählen Sie!"

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

25, Himbeeren 40—50, Johannisbeeren 20—25, Birnen 40—50, Aepfel 30—40, Aprikosen 45—55, Kirschen 25—40, Erdbeeren 45—60. Allgemein war der Verkauf am Samstag befriedigend.

Karlsruhe, 14. Juli. (Viehmarkt.) Gesamtzufuhr 1568 Stück, wovon 24 Ochsen, 61 Bullen, 21 Kühe, 166 Färsen, 155 Kälber, 1141 Schweine. Preis für den Zentner Lebendgewicht: Ochsen 46—58, Bullen 46—53, Kühe 18—36, Färsen 47—61, Kälber 55—77, Schweine 62—69, Sauen 46—48. Bestes Vieh wurde über Notiz bezahlt. Verlauf des Marktes: Bei Großvieh langsam, Ueberstand; bei Schweinen und Kälbern langsam, geräumt.

Die Preise gelten für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über den Stallpreis erheben.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 15. Juli. Die für kommenden Sonntag, 20. Juli, in Ludwigsburg geplante Sommertagung und Vertrauensmännerversammlung der Deutsch-Demokratischen Partei Württembergs wird mit Rücksicht auf die angeklärte Lage im Reichstag verschoben.

München, 16. Juli. Der bayerische Finanzminister hat aufgrund eines Beschlusses des Staatsministeriums dem Landtage einen Antrag auf Ermächtigung zur Annahme einer Staatsanleihe bis zum Betrage von 125 Millionen Reichsmark zugehen lassen, die dazu dienen soll, kurzfristige Schuldverschreibungen des Staates in Höhe von 84 Millionen Reichsmark (20 Millionen Dollar) in eine langfristige Schuld umzuwandeln. Der Restbetrag von 42 Millionen Reichsmark soll an die bayerischen Großwasserkraftunternehmungen als Darlehen weitergegeben werden.

München, 16. Juli. Nach der Ablehnung der Schlachtsteuer im Bayerischen Landtag erwartet man nun die Einführung der Schlachtsteuer durch eine Notverordnung der bayerischen Gesamtregierung. Die „Münchner Zeitung" glaubt zu wissen, der Bauernbund werde keinesfalls zugeben, daß sein Vertrauensmann im Kabinett, der Landwirtschaftsminister Dr. Fehr, eine solche Notverordnung unterschreibe. Da diese aber nach der Verfassung nur von der Gesamtregierung erlassen werden kann, also die Unterschriften sämtlicher Minister tragen muß, so wird der Landwirtschaftsminister Dr. Fehr, wenn das Kabinett den Weg der Notverordnung beschließt, aus der Regierung ausscheiden. Die Koalition liegt ja ohnehin nach der gestrigen Debatte im Landtagsplenum im Sterben. Die „Münchner Zeitung" glaubt sogar sagen zu können, daß der Bauernbund nach Erlaß einer entsprechenden Notverordnung auch einem Mißtrauensvotum gegen die Regierung, wenn es im Landtag eingebracht würde, zustimmen würde.

Darmstadt, 16. Juli. Heute mittag 12 Uhr stürzte ein Flugzeug, das kurz vorher das Dorf Würzberg bei Erbach im Odenwald überflogen hatte, in der Nähe der Heistermühle bei Würzberg ab. Das Flugzeug wurde von der 38jährigen Pilotin Paula Kister aus Böblingen gesteuert, die beim Absturz den Tod fand. Augenzeugen wollen beobachtet haben, daß der Motor plötzlich aussetzte, worauf sich die Pilotin zum Gleitflug anschickte. Vermutlich ist die Maschine in den Baumwipfeln hängen geblieben, wodurch der Absturz verursacht wurde. Die Maschine trug die Bezeichnung „Deutsche Luftfahrtgesellschaft 909 Hermann Köhl".

Frankfurt a. M., 16. Juli. Der Provisionsvertreter Friedrich Hundertagen betätigte sich außerordentlich erfolgreich als D-Zug-Dieb auf internationalen Linien und blickt auch auf eine sehr einträgliche Tätigkeit als Einlogierdieb zurück. Hatten alleinstehende Frauen Zimmer zu vermieten, so in Heidelberg, Mannheim, Ludwigshafen, Mainz, Worms, Speyer, Wiesbaden, Pforzheim, Baden-Baden usw., so suchten Hundertagen, gab sich als Polizei- oder Finanzbeamter aus und lockte die Vermieterin, unter irgend einem Vorwand, in ein Nebenzimmer. Dann stahl er rasch, was er erreichen konnte. Auf dem Mannheimer Hauptbahnhof verübte er außerdem einen Handtaschendiebstahl. Im Frankfurter Bahnhof konnte er schließlich verhaftet werden. Der erdrückend belastete Angeklagte wurde unter Berücksichtigung der Tatsache, daß er dem Lebenskampf körperlich nicht gewachsen erscheint, zu vier Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Staatsanwalt hatte sechs Jahre Zuchthaus beantragt.

Berlin, 16. Juli. Der am 21. März dieses Jahres aus dem Zellengefängnis in der Lehrter-Straße entwichene Mörder Kurt Goldbach wurde heute mittag vor dem Hotel Kaiserhof von der Polizei festgenommen. Goldbach war wegen Mordes zu einer langen Zuchthausstrafe verurteilt worden und flüchtete seiner Zeit zusammen mit dem Kaufmann Schröder. Schröder konnte schon 6 Tage später verhaftet werden.

Berlin, 16. Juli. 16. Juli. Der Reichspräsident empfing heute eine von ihrem Vorsitzenden Theodor A. Hoffmann geführte Abordnung der amerikanischen Steubengesellschaft, die ihm ein Gemälde des Generals von Steuben überreichte.

Berlin, 16. Juli. Auf der Posener Chaussee bei Zegrze fuhr in der Nacht ein Automobil auf eine von unbekannten Tätern auf die Straße gelegte Mine, die explodierte. Das Auto wurde zertrümmert; der Benzinbehälter fing Feuer und der Wagen verbrannte. Der Chauffeur, der in dem Auto allein fuhr, kam mit geringen Verletzungen davon. Eine mit Polizeihunden versehene Polizeikommission hat vergeblich versucht, die Täter zu ermitteln. Es ist dies das dritte Attentat dieser Art, das auf den Posener Chausseen gegen Autos in letzter Zeit verübt worden ist. In einem Falle fuhr ein mit 30 Personen besetzter Autobus auf eine Mine, die erheblichen Schaden anrichtete, ohne jedoch Personen zu verletzen. Aus welchem Grunde die Attentate verübt werden, ist unbekannt, doch verlautet gerüchtweise, daß die Täter unter den Autobesitzern zu suchen seien, die sich aus Konkurrenzneid bekämpfen.

Berlin, 17. Juli. Nachdem der Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie die Lohnabkommen zum 1. August 1930 gekündigt hat, trat die zentrale Verhandlungskommission in Berlin zu Verhandlungen über die Erneuerung der Lohnabkommen gestern zusammen. Die Arbeitgeber fordern, laut „Vorwärts", daß die bisherigen Ecklöhne auf den Stand vom 1. Oktober 1928 zurückversetzt werden. Das bedeutet eine Reduktion der Spitzenlöhne in den einzelnen Lohngebieten um 6 bis 9 Pfennige pro Stunde. Von diesen reduzierten Löhnen soll für die Musikinstrumenten- und Stahlindustrie ein weiterer Abzug von 12½% gemacht werden. Das würde für diese Industriezweige einen Lohnabbau von 17—23 Pfennig pro Stunde bedeuten. Die Verhandlungen werden am 17. Juli fortgesetzt.

Hausdorf, 16. Juli. In der vergangenen Nacht wurden durch die Bergungsmannschaften weitere fünf Tote aus dem Schacht herausgeholt, sodaß jetzt noch 39 Bergleute verschüttet sind. Am Dienstag wurden einige weitere der inzwischen geborgenen Toten in ihren Heimatgemeinden beigesetzt.

Brüssel, 16. Juli. In der Kirche der Gemeinde Hautecroix brach heute Feuer aus, das die Kirche mit ihren Kunstschätzen vernichtete. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. 400 Schülerinnen eines Mädchenpensionates, die sich in Gefahr befanden, wurden gerettet.

Oslo, 16. Juli. „Graf Zeppelin", der Mittwoch früh 7.14 Uhr unter Führung von Kapitän Lehmann aufstieg, hat um 9.35 Uhr die Stadt Bergen überflogen und dort Post abgeworfen.

Sofia, 16. Juli. In ganz Bulgarien hat sich gestern ein verheerendes Unwetter mit furchtbarem Hagelschlag entladen, das erheblichen Schaden anrichtete. Drei auf dem Felde arbeitende Bauern wurden durch die herunterprasselnden großen Eisstücke erschlagen.

Alexandria, 16. Juli. Zu neuen Unruhen kam es heute vor dem hiesigen Krankenhaus, als der Generalstaatsanwalt es ablehnte, die dort aufgebahrten Opfer der gestrigen Unruhen vor der Sektion freizugeben. Mehrere Tausende rotteten sich zusammen und bewarfen das Krankenhaus mit Steinen. Die Polizei hatte große Mühe, die Ordnung wiederherzustellen. Die Menge wollte die Beisetzung der gestern Getöteten zu einer imposanten öffentlichen Kundgebung gestalten. Der Minister des Innern dementiert die Meldung, daß der italienische Konsul verletzt worden sei.

Washington, 16. Juli. Präsident Hoover sandte dem Reichspräsidenten von Hindenburg aus Anlaß des Steubenbanketts ein in warmen Ausdrücken gehaltenes Schreiben, in dem er Steuben und der ehrenvollen Leistungen anderer Deutscher für Amerika mit größter Anerkennung gedenkt.

Boston, 16. Juli. Wie die Kommission für Auslandsmission mitteilt, wurde der amerikanische Missionar William Strong wegen seiner Stellungnahme für die nationalistische Bewegung aus Indien ausgewiesen.

Die Schankverzehrsteuer.

Stuttgart, 16. Juli. Der Ausschuß des Württ. Weinbauvereins hat in einer Entschließung die Einführung der von der Reichsregierung geplanten Schankverzehrsteuer mit folgender Begründung abgelehnt: Die Schankverzehrsteuer ist u. E. eine Abart der Gemeindegetränkesteuer, die wir von jeher abgelehnt haben. In der Erhebung der Schankverzehrsteuer erblicken wir eine große Gefahr für den Absatz des Weines, der durch sie neu besteuert wird, was eine Verminderung des Weinabsatzes zur Folge haben muß, ganz abgesehen davon, daß auch das gesamte Wirtsgewerbe, auf das der württembergische Weinbau in besonderem Maße angewiesen ist, hierdurch aufs empfindlichste geschädigt wird. Ferner wird zur Durchführung der Steuereintreibung ein derartig umfangreicher Verwaltungsapparat notwendig werden, daß durch ihn der Steuerertrag, den die Reichsregierung für die Gemeinden erwartet, ganz wesentlich herabgesetzt wird. Zudem ist für den Weinbau, der sich bekanntlich in Notlage befindet, eine Schmälerung des Weinabsatzes, wie sie die Einführung einer Schankverzehrsteuer naturgemäß nach sich ziehen muß, nicht tragbar.

Auch bei den württembergischen Nationalsozialisten Krach.

Stuttgart, 16. Juli. Der Krach in der Nationalsozialistischen Partei ist auch bei uns in Württemberg im Gang. So schreibt der Stuttgarter Hitler-Jugend-Führer Karl Baumann und Schriftleiter des „Schwäbischen Angriff", Württemberg, in seiner Austrittserklärung: „Der Eintritt zahlreicher reaktionär und kapitalistisch belasteter Persönlichkeiten in die Partei, das Bündnis mit Hugenberg, die schamlose und feige „Zusatzerklärung" zum Paragraphen 17 des Parteiprogramms, die Koalitionspolitik in Thüringen und Sachsen „kennzeichnen den offen antisozialistischen und unrevolutionären Charakter der N.S.D.A.P.". Wie sehr die führenden Nationalsozialisten die Kritik und Aufklärung aus dem eigenen Lager fürchten und scheuen, zeigt der kategorische Befehl des S.A.-Leiters von Jagow: 1. Ich verbiete hiermit jeglichen Verkehr mit dem Kampf-Verlag. Sämtliche Benachrichtigungen und Anordnungen sind zurückzuziehen. 2. Die Kreise um den Kampf-Verlag sind nunmehr als Gegenfront zu betrachten. 3. Jeden OG.-Führer und Unterführer der H.J. bis zur Gruppe verpflichte ich, in diesem Sinne durchzugreifen. Bei dem Kampf-Verlag handelt es sich um ein Unternehmen der aus der Hitler-Partei ausgetretenen bzw. ausgeschlossenen Strasser-Gruppe.

Erklärungen Hindenburgs und Preußens zum Briefwechsel.

Berlin, 16. Juli. Der Reichspräsident legt Wert auf die Feststellung, daß die Beteiligten schon seit längerer Zeit, zum mindesten seit der Rückkehr des Reichskanzlers Brüning aus Neudeck Anfang Juli von seinem Entschluß Kenntnis gehabt haben, nicht in das Rheinland zu reisen, falls das Verbot des Stahlhelms nicht rückgängig gemacht würde. Die Annahme, daß hinter seinem Brief politische Motive ständen, gehe völlig fehl. Der Brief sei ein rein persönlicher Schritt des Reichspräsidenten. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hat der Reichspräsident in einer Unterredung mit dem preußischen Ministerpräsidenten, die bereits vor längerer Zeit stattfand, keine Zweifel darüber gelassen, daß er seine Reise ins besetzte Gebiet von der Aufhebung des Stahlhelmverbotes abhängig mache. — Von preußischer Seite wird hierzu mitgeteilt, daß dem Ministerpräsidenten Braun von der Bedingung des Reichspräsidenten, seine Reise ins besetzte Gebiet nur dann anzutreten, wenn das Stahlhelmverbot vorher aufgehoben würde, nichts bekannt gewesen sei. Es hätten nur private Unterhaltungen zwischen dem Reichskanzler, dem Reichsinnenminister und dem preußischen Ministerpräsidenten stattgefunden. Hierbei habe der Reichskanzler gelegentlich geäußert, es bestehe die Gefahr, daß, wenn das Verbot nicht aufgehoben würde, der Reichspräsident seine Reise ins Rheinland aufgeben würde. Von preußischer Seite wird ausdrücklich festgestellt, daß das Verbot des Stahlhelms keinen gesetzwidrigen Akt darstelle. Es sei auf völlig verfassungsmäßigem Wege nach Rücksprache mit der Reichsregierung, insbesondere mit dem Auswärtigen Amt, zustande gekommen.

Aufhebung des Stahlhelm-Verbots.

Berlin, 16. Juli. Der Frieden zwischen Stahlhelm und preußischer Regierung ist nunmehr hergestellt worden. Zwischen dem preußischen Innenminister Waentig und der Bundesleitung des Stahlhelms sind Schriftstücke ausgewechselt worden. In einem Schreiben des Stahlhelms, unterzeichnet von den Bundesführern Seldte und Düsterberg, erklärt der Stahlhelm, daß er in Zukunft solche Uebungen wie die im Oktober 1929, die zur Auflösung Anlaß gegeben haben, unterlassen werde. Daraufhin hat der preußische Minister des Innern die nachgeordneten Behörden in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen davon unterrichtet, daß einer etwaigen Neubildung des Stahlhelms in den genannten Provinzen kein Hindernis mehr bereitet werde. Ministerpräsident Braun ist heute abend beim Reichspräsidenten erschienen und hat ihn gebeten, da seine Bedingungen nunmehr erfüllt seien, auch das preußische Gebiet zu besuchen. Diesen Schritt wird, wie wir annehmen möchten, Herr von Hindenburg sich kaum mehr versagen.

Das fehlte noch!

Köln, 16. Juli. Aus Anlaß des entstandenen Konflikts zwischen dem Reichspräsidenten und der preußischen Staatsregierung bezüglich der Nichtaufhebung des Stahlhelmverbots in Rheinland-Westfalen, hat der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Oberrhein, der die Bezirke Köln, Aachen, Koblenz und Trier umfaßt, folgende Parole an die rheinische Arbeiterschaft gerichtet: „Parteigenossen, der sensationelle Schritt des Reichspräsidenten stellt uns im Rheinland vor eine ganz neue Situation. Wir waren bisher durchaus bereit, an den Befreiungsfeiern teilzunehmen, nicht zuletzt deshalb, weil gerade die Sozialdemokratie und die hinter ihr stehenden Arbeitermassen in der Befreiung des Rheinlands und der Niederwerfung des Separatismus ausschlaggebenden Anteil haben. Der Brief Hindenburgs zwingt uns zu einer anderen Stellungnahme. Herr v. Hindenburg stellte den Stahlhelm über die rheinische Arbeiterschaft. Sollte der Reichspräsident mit seiner Forderung der Rückgängigmachung des Stahlhelmverbots durchdringen, so ist für uns jede Beteiligung an den Befreiungsfeiern selbstverständlich ausgeschlossen. Wir ersuchen die Parteigenossen allerorts, sich auf diese Wahrscheinlichkeit einzurichten und die örtlichen Behörden sofort davon zu verständigen."

Der Reichspräsident reist ins Rheinland.

Berlin, 16. Juli. Wie verlautet, wird nach der nunmehr erfolgten Aufhebung des Verbots des Stahlhelms und des Bunds der Frontsoldaten für Rheinland-Westfalen die Reise des Reichspräsidenten in der ursprünglich in Aussicht genommenen Form stattfinden. Der Reichspräsident wird daraufhin die Reise durch das befreite Gebiet antreten. Er wird voraussichtlich vorher noch in irgend einer Form zu erkennen geben, daß sein Eintreten für den Stahlhelm nicht so gedeutet werden darf, als hätte er die Absicht gehabt, dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß ihm die Stahlhelmmitglieder wertvollere Staatsbürger wären, als die Volksgenossen, die in anderen politischen Organisationen sich betätigen. Diese Erklärung ist nun wieder dadurch notwendig geworden, weil die Sozialdemokratie ihre Parteiangehörigen aufgefordert hat, sich an den Befreiungsfeiern im Rheinland nicht zu beteiligen.

Die Ermächtigung für den Reichskanzler.

Berlin, 16. Juli. Wie aus gutunterrichteter Quelle verlautet, hat der Reichspräsident dem Reichskanzler in der heutigen Besprechung die Ermächtigung erweitert und bestätigt, den Artikel 48 anzuwenden, wenn die Mehrheit für die Deckungsvorlagen nicht zustande kommt, ferner den Reichstag aufzulösen, wenn er den Erlaß des Deckungsprogramms auf

Manche freie Stunde verschafft Ihnen IMI!

Wenn Sie IMI zum Geschirrspülen, zum Aufwaschen und Reinigen nehmen, haben Sie es viel leichter und sind viel schneller fertig. IMI rückt allem Schmutz und Fett energisch zu Leibe. Messer, Gabeln und Löffel, Teller und Schüsseln, Töpfe und Pfannen, kurz alles Geschirr säubert IMI im Augenblick.

Auch beim Putzen von Steinfliesen, Wandsockeln, Badewannen und Spülbecken bewährt sich IMI vortrefflich.

IMI spart Ihnen soviel Mühe und Arbeit, daß es rückständig wäre, es nicht zu benutzen. Es kostet doch nur 25 Pfennige und ist außerordentlich ergiebig.

IMI

Henkel's Aufwasch-Spül- und Reinigungsmittel
für Haus- und Küchengerät aller Art
Hergestellt in den Persilwerken

Conweiler.

Warnung!

10 Mk. Belohnung

zahle ich demjenigen, welcher mir die niederträchtige Person, die das falsche Gerücht über mich ausgebreitet hat, namhaft macht, daß ich sie gerichtlich belangen kann. Warne jedermann, es weiter zu verbreiten.

Friedrich Schönthaler
bei der Kirche.

Feldrennach.
Ehrliches, fleißiges

Mädchen

per sofort oder 1. August im Alter von 14 bis 16 Jahren **gesucht.**

Alb. Brodbeck z. „Hirsch".
Metzgerei.

Wildbad.
Ein ehrliches, fleißiges

Mädchen

für Küche und Haushalt kann sofort eintreten.

Hotel Kühler Brunnen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Grund des Art. 48 wieder aufheben würde, oder wenn der Regierung das Mißtrauen ausgesprochen wird, oder wenn sich irgend eine politische Situation ergibt, die einen anderen Ausweg nicht zuläßt.

Steuergesetze durch Notverordnung.

Berlin, 16. Juli. Der Reichstag hat in der fünften Nachmittagsstunde die mit großer Spannung erwartete namentliche Abstimmung über den Art. 2 des Reichshilfegesetzes, der den Personenkreis der Reichshilfe festsetzt, vorgenommen. Der Artikel wurde mit 256 Stimmen der Deutschnationalen, der Sozialdemokraten, der Kommunisten, der Nationalsozialisten sowie der beiden Mitglieder der Volksrechtpartei gegen 193 Stimmen abgelehnt. Mit den Regierungsparteien stimmten für die Reichshilfe auch die 4 deutschnationalen Abgeordneten Dr. Bazille, Dingler, Oblert und Vogt-Württemberg, sowie der frühere deutschnationale Abgeordnete Brunn. Reichskanzler Dr. Brüning gab darauf die Erklärung ab, daß die Regierung auf die weitere Behandlung der Deckungsvorlagen keinen Wert mehr lege. Der Reichstag stimmte dann nur noch über den Antrag der Wirtschaftspartei auf Auflösung des Reichstags und über das kommunistische Mißtrauensvotum ab. Der Antrag der Wirtschaftspartei wurde gegen die Antragsteller und die Nationalsozialisten abgelehnt. Der kommunistische Mißtrauensantrag verfiel gegen die Stimmen der Antragsteller und der Nationalsozialisten bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten der Ablehnung. Präsident Loebe ließ dann eine halbstündige Pause in der Plenarsitzung eintreten. Das Reichskabinett hat sich darauf zu einer Sitzung zurückgezogen und noch am Abend beschlossen, die Deckungsvorlagen im Wege der Notverordnung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung in Kraft zu setzen, nachdem der Versuch, diese Deckungsvorlagen im Reichstag zur Annahme bringen zu lassen, als gescheitert anzusehen war. Auf Grund des Notverordnungsrechts wurden dann die Reichshilfe, die Zuschläge zur Einkommensteuer, die Ledigenzuschläge, die Bürgerabgaben und im Wege einer besonderen Verordnung die Schankverzehr-Steuer in Kraft gesetzt.

Der entscheidenden Abstimmung voraus ging neben Brandreden der Kommunisten, die als einzige ihre volle Redezeit nützten, eine zweite Erklärung der Sozialdemokraten. Dr. Breitscheid wiederholte im großen und ganzen, was am Dienstag bereits Herr Kell dargelegt hatte. Er wies auf die ständige Verhandlungsbereitschaft der Sozialdemokraten hin, kündigte an, daß man jetzt, nachdem die mit Herrn Esser geführten Besprechungen ergebnislos geblieben wären, die Vorlage ablehnen und gegen die zu erwartenden Notverordnungen einen Aufhebungsantrag einbringen werde. Er warnte schließlich mit erhobener Stimme vor der Anwendung des Artikels 48. Eingeleitet wurde die Sitzung mit einer Ueberraschung. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt der Einspruch des Reichsrats gegen die Amnestievorlage, dessen Zurückweisung durch den Reichstag bekanntlich einer Zweidrittelmehrheit bedurft hätte. Da das Gesetz das erste Mal vom Reichstag mit einer Zweidrittelmehrheit angenommen worden war, rechnete man allgemein damit, daß diese Mehrheit von neuem sich zusammenfinden würde. Das war indes nicht ganz der Fall. Es wurden nur 298 Ja-Karten gezählt, während das qualifizierte Mehr von 452 abgegebenen Stimmen 301 betragen hätte. Das negative Ergebnis wurde durch die Stimmenthaltung verursacht, die die Zentrumsabgeordneten Dr. Bolz, Dr. Dessauer, Groß und Schwarz, die Demokraten Lemmer und Frau Dr. Lüders, 3 Angehörige der Bayerischen Volkspartei und ein Deutschhannoveraner übten. Eigentlich wäre nun dem Einspruch des Reichsrats stattgegeben und die nach wie vor von der überwältigenden Mehrheit des Reichstags und vom Reichspräsidenten gewünschte Rheinland-Amnestie müßte unterbleiben. Indes ist das letzte Wort in der Angelegenheit noch nicht gesprochen. Wiederholungen von Abstimmungen sind im Reichstag nicht möglich. Doch haben die Parteien, die die Amnestie befürworten, die gleiche Vorlage gewissermaßen als neues Gesetz noch einmal eingebracht. Sie soll am Freitag auf die Tagesordnung gesetzt und möglichst noch vor den Sommerferien verabschiedet werden. Wie es heißt, hat Preußen bereits zugesagt, wenn abermals eine Zweidrittelmehrheit hinter die Amnestie sich stellt, im Reichsrat keinen Protest mehr zu erheben. Nach der Abstimmung über den Artikel 2 der Steuergesetze hatte der Präsident die Sitzung auf eine halbe Stunde unterbrochen. Hernach wurde die zweite Beratung des Osthilfegesetzes fortgeführt. Ernährungsminister Schiele erläuterte noch einmal in großen Zügen Sinn und Ziel der Regierungsvorlage. Die Aussprache soll morgen abgeschlossen werden.

Erklärung der Reichsregierung über die Maßnahmen zur Deckung des Reichshaushalts.

Berlin, 16. Juli. Der Reichstag hat am 15. Juli den Artikel 1 der Regierungsvorlage zur Deckung des Haushalts angenommen und damit festgelegt, daß zum Ausgleich der Aufwendungen im ordentlichen Reichshaushalt, die sich infolge der schlechten Wirtschaftslage ergeben, für die Zeit bis zum 31. März 1931 von den Einnahmen der Personen des öffentlichen Dienstes und der Ledigen einen Betrag von den einkommensteuerpflichtigen Personen einmalige außerordentliche Zuschläge zur Einkommensteuer zu erheben sind. Bei der darauf folgenden Abstimmung über Artikel 2 hat sich eine Mehrheit über die Einzelausgestaltung dieser Vorschriften nicht gefunden. Den für die Vorlage der Reichsregierung über die Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes abgegebenen 294 Stimmen der hinter der Regierung stehenden Parteien standen 256 Stimmen der Sozialdemokraten, Deutschnationalen, Kommunisten und Nationalsozialisten entgegen. Die Einzelheiten der Durchführung der Reichshilfe haben danach die parlamentarische Mehrheit nicht erreicht. Die Regierung hat darauf auf die Weiterberatung der zur Deckung des Reichshaushaltes bestimmten Gesetze verzichtet. Ein gegen sie eingebrachter Mißtrauensantrag ist mit einer Mehrheit von 29 gegen 58 Stimmen abgelehnt worden. Die Deckung des Reichshaushalts ist ein unbedingtes Erfordernis für die Aufrechterhaltung geordneter Staatsfinanzen und die Kreditwürdigkeit des Reichs und der Wirtschaft. Sie ist auch unbedingte Voraussetzung für die weitere Fürsorge für die Arbeitslosen und eine unabweisbare Notwendigkeit in einer Zeit, in der die wirtschaftliche Lage der Welt in fast allen Ländern schwere Gefahren für die Staatsfinanzen bietet. Daher hat der Herr Reichspräsident die Voraussetzung für die Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung für gegeben erachtet und auf Antrag der Reichsregierung die zur Deckung des Haushalts erforderlichen Maßnahmen getroffen. Damit ist ein fester Ausgangspunkt für die weitere staatliche Tätigkeit und für die Erledigung der dringend erforderlichen parlamentarischen Arbeiten insbesondere für die Verabschiedung des Reichshaushalts und für die Durchbringung des Osthilfegesetzes geschaffen.

Der Herr Reichspräsident hat gemäß der Reichsverfassung von den auf Grund des Artikels 48 getroffenen Maßnahmen dem Reichstag unverzüglich Kenntnis gegeben. Diese Maßnahmen bestehen in 2 Verordnungen, von denen die eine die Deckungsvorlagen der Reichsregierung nebst Bürgerabgabe und die zweite die Gemeindegetränkesteuer umfaßt.

Die finanzielle Sanierung der Gemeinden ist ebenfalls eine unabweisbare Notwendigkeit, um die Auszahlung der Unterstützungen für die wachsende Zahl der Wohlfahrts-Rentenempfänger sicherzustellen. Auch gerade aus diesem Grunde hat der Herr Reichspräsident die Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung für geboten erachtet.

Die Notverordnung.

Berlin, 17. Juli. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" mitteilt, enthält die erste Notverordnung einige Aenderungen am bisherigen Deckungsprogramm. Die Reichshilfe, das 2½prozentige Notopfer der Beamten und Behördenangestellten, ist dahin gemildert worden, daß Staats- und Behördenangestellte unter einer Gehaltsgrenze von 8400 RM. von der Reichshilfe befreit sind. Das Notopfer ist ferner auf die Tantiemen der Aufsichtsräte ausgedehnt worden. Der fünfprozentige Einkommensteuerzuschlag ist unverändert geblieben. Die Ledigensteuer ist dahin gemildert worden, daß Einkommensteuerpflichtige, die für einen geschiedenen Gatten oder für einen unterhaltspflichtigen Elternteil Unterstützungen über 5 Prozent ihres Einkommens abführen und hierfür einen Steuerabzug genießen, von der Ledigensteuer befreit sind.

Inserate heben den Umsatz!

Zwangs-Versteigerung.

Samstag den 19. Juli 1930, nachmittags 2 Uhr, werde ich in **Pforzheim** im Hofe der Staatsanwaltschaft, Oestliche 39, Eingang Schulberg, gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern:

1 größeren Posten Kolonialwaren, Spirituosen, Putzartikel u. a. m.

Die Versteigerung findet bestimmt statt.

Pforzheim, den 16. Juli 1930.

Allgeier, Gerichtsvollzieher.

Turn-Verein Dennach.

Am **Sonntag den 20. Juli** begeht der Verein sein

30jähriges Jubiläum

verbunden mit großem Schauturnen.

Abends Tanz im Lokal zum „Pflug".

Am **Samstag abend ½9 Uhr Festbankett** im **Gemeindesaal** mit turnerischen, theatralischen und musikalischen Darbietungen. Eintritt frei.

Freunde und Gönner unserer Turnsache sind herzlich eingeladen.

Der Ausschuß.

Krieger- und Schützenverein Dobel.

Zu dem am **Sonntag den 20. Juli** stattfindenden

Preisschießen

laden wir Freunde und Gönner des Schießsports freundlichst ein.

Die Vorstandschaft.

Vieh-Verkauf.

Wir haben

Milchkühe, tragende Kühe, Kälberkühe, Kalbinnen und 20 Einstellrinder

zum Verkauf in unseren Stallungen in **Pforzheim, Erbprinzen-Straße 104.** Liebhaber angenehm.

Wolf, Viehhandlung, Pforzheim,
Erbprinzenstraße 104, Tel. 2918.

Für die Einmachezeit

empfehlen wir zu unseren allgemein **bekannt billigen Preisen:**

Eindünstgläser Marke „Edelweiß", mundgeblasen, eng . . . . . 1 **36** ₰, ¾ **34** ₰, ½ **28** ₰, ¼ Liter **25** ₰

Eindünstgläser Marke „Edelweiß", mundgebl., weit . 2 **58** ₰, 1½ **48** ₰, 1 **38** ₰, ¾ **36** ₰, ½ Liter **32** ₰

Honiggläser mit Gewinde und Weißblechdeckel . . 5 **65**, 4 **55**, 3 **45**, 2 **28**, 1 **19**, ½ Pfd. **14** ₰

Geleegläser konische Form ½ Liter **25** ₰, ⅓ Liter **20** ₰, ¼ Liter **15** ₰

Ansatzflaschen mit Inhaltsang. i. Bod. 8 **1.40**, 6 **1.35**, 5 **80**, 4 **78**, 3 **75**, 2 Liter **40** ₰

Salizyl-Pergament zum Abbinden der Gläser . . Rolle — 2 Bogen **12** ₰

Zubindehafen extra starkes Glas 8 **1.45**, 6 **1.10**, 5 **65** ₰, 4 **55** ₰, 3 **40** ₰, 2½ **38** ₰, 2 **28** ₰, 1½ **26** ₰, 1 **22** ₰, ¾ **20** ₰, ½ **15** ₰, ⅓ **13** ₰, ¼ Liter **12** ₰

Gär-Röhrchen . . . . . 30, 25, **20** ₰

Saftbeutel nahtlos, mit Schnur und Ring **95** ₰

Korken alle Arten, bis 25 ₰, 5 ₰, 2 ₰, **1** ₰

Bohnenhobel . . . **45** ₰

Bohnen-Schneidmaschinen 2.75, **1.95**

Kirschenentkerner 25, **20** ₰

Fliegenglocken 50, 35, **25** ₰

Faßhahnen . . 50, 35, **25** ₰

Messing-Pfannen Charer-Form . . 24 cm **3.50**, 20 cm **2.95**

Fliegenfänger „Schwapp" . . . 2 Stück **7** ₰

Dickmilchschalen 1 Liter **35** ₰, ½ Liter **18** ₰

Eisschalen ¼ Portion **25** ₰, ⅛ Portion **20** ₰

Zitronenpressen helles, weißes Glas . . . **12** ₰

Einkochapparate Ia. Fabrik., silberweiß verzinkt, komplett mit Einsatz, 6 Federn und Thermometer **3.95**

Einkochapparate schwer emailliert, braun, kompl. m. Einsatz, 6 Federn u. Therm. **8.50**

Einzelglaseinkocher komplett **3.50**

Einsätze für Einkochapparate **1.45**

Einkochringe . 8, 5, 3, **2** ₰

Kochbücher „Bade Duplex" z. Einwecken **30** ₰

Einkochthermometer Quecksilberfüllung . . . . **35** ₰

Fliegenschränke 14.00, 9.50 **5.25**

Eismaschinen 3 Liter **7.40**, 2 Liter **5.85**

Saftpressen bewährtes Fabrikat . . . . **8.—**

Eisschränke eiche od. weiß **52.—**

Liliput-Eisschrank „Eschebach" . . . . . **29.—**

Eisschrank mit Seitenkühlung . . . . **90.—**

Kakteen-Gießkanne **50** ₰

Butterkühler aus rotem Ton, mit Glaseinsatz . . . **40** ₰

Einmachtöpfe Ia. rheinische Ware . . . . per Liter **14** ₰

Schriftliche und telephonische Bestellungen werden prompt erledigt

Wronker AKT.-GES. PFORZHEIM

Kostenlose Zustellung durch unser Auto